

IN KÜRZE

Kein gutes Bauquartal

VADUZ – In den ersten drei Quartalen des Jahres 2003 wurden 420 Baubewilligungen erteilt, das sind vier Baubewilligungen weniger als im Jahr zuvor. Das bewilligte Bauvolumen schrumpfte im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent, nämlich von 604 268 auf 555 929 Kubikmeter. Der Wert der dazugehörigen Kostenvorschläge betrug in den ersten drei Quartalen 266,4 Millionen Franken, das sind 32,6 Millionen weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Einbruch im 3. Quartal

Schuld an diesem Baurückgang ist vor allem das 3. Quartal 2003. Im Vergleich zum Vorjahresquartal wurden von Juli bis September 2003 16 Baubewilligungen weniger erteilt. Das Bauvolumen halbierte sich im Vergleich zum Vorjahresquartal, die projektierten Baukosten verringerten sich sogar um 57 Prozent. Die stärkste Einbusse verzeichnet der Bereich Industrie- und Gewerbebauten, dort nahm das Bauvolumen um fast 93 Prozent ab. Die projektierten Baukosten schrumpften in diesem Bereich sogar um über 97 Prozent. Auch das Bauvolumen im Wohnungsbau ging um fast 46 Prozent zurück. Mit 41,3 Millionen Franken wurden 31,2 Millionen Franken oder 43 Prozent weniger für Wohnungsbau ausgegeben, als im gleichen Vorjahreszeitraum. (dom)

Referendum problematisch

VADUZ – Ein Referendum zum Krankenversicherungsgesetz, das vom Landtag vor einer Woche verabschiedet worden ist, wäre aus Sicht von Regierungschef Otmar Hasler problematisch. Die Gesundheitsreform soll auf Anfang 2004 in Kraft treten. Der Zeitpunkt ist deshalb wichtig, weil der Arztstopp, der Ende 2001 vom Parlament beschlossen worden war, nur noch bis Ende Jahr gilt. «Ich glaube nicht, dass Brüssel bereit ist, den Arztstopp zu verlängern», sagte Otmar Hasler an der gestrigen Regierungspressekonferenz. «Es haben auch die eine Verantwortung, die ein Referendum ergreifen. Man kann nicht einfach nur dagegen sein, sondern man muss auch Alternativen aufzeigen. Es muss ein neues Modell geben, so kann es nicht weitergehen», erklärte Otmar Hasler. Allerdings sei die Regierung natürlich verpflichtet, im Falle eines Referendums, sich über einen neuen Gesetzesvorschlag Gedanken zu machen.

Der Arztstopp war vom Parlament beschlossen worden, da sich seit dem Beitritt Liechtensteins zum EWR im Jahr 1996 die Zahl der Ärzte von 33 auf 66 verdoppelt hatte. Die Ärzteschlacht wird unter anderem für die steigenden Gesundheitskosten verantwortlich gemacht. Da der Arztstopp Ende Jahr ausläuft, ist ein zentraler Punkt der neuen Gesundheitsreform, die Zulassung der Ärzte zur Krankenversicherung neu zu regeln. Die Regierung will künftig den Bedarf an Ärzten planen und pro Fachgebiet festlegen, wie viele Ärzte zu 100 Prozent über die obligatorische Krankenversicherung abrechnen dürfen. Unter diesen Ärzten kann der Patient frei wählen. Geht er zu einem anderen Arzt, im In- oder Ausland, übernimmt die Krankenversicherung nur 50 Prozent des Arzthonorars. Über die Zulassung der Ärzte entscheidet künftig eine Ärztekammer. (dom)

«Es geht um Liechtenstein!»

FBP-Parteipräsident Johannes Matt zur Frage der Souveränität

VADUZ – Dieser Tage ist der Abschluss der EWR-Erweiterungsverhandlungen zum Diskussionsthema geworden. Das VU-Organ kritisiert die Regierung, wegen ihrer Forderung nach vollumfänglicher Anerkennung der Souveränität Liechtensteins die EWR-Mitgliedschaft zu gefährden. Wir sprachen mit FBP-Parteipräsident Johannes Matt über die innenpolitische Dimension der Auseinandersetzung.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Herr Matt, während der letzten Tage haben Exponenten der VU der Regierung vorgeworfen, dass sie mit der Verzögerung der Unterzeichnung des EWR-Erweiterungsvertrages zu hoch pokere: Wie sehen Sie das?

Johannes Matt: Wenn die Opposition die Regierungsarbeit kritisch unter die Lupe nimmt, so fördert sie damit die Diskussion und demokratische Auseinandersetzung. Wenn sie hingegen mit falschen Behauptungen operiert, so schadet sich die VU über kurz oder lang selbst. Sie macht sich damit selber unglaubwürdig und sie zeigt, dass es ihr nicht um die Sache, sondern um Stimmungsmache geht.

Was denken Sie in der Sache: Ist die Regierung nicht ein zu hohes Risiko eingegangen, indem sie vor der Vertragsunterzeichnung die Anerkennung der uneingeschränkten Souveränität Liechtensteins durch Tschechien und die Slowakei verlangt?

Also da frage ich mich schon, wer denn sonst für unsere Souveränität einzustehen hat, wenn nicht wir selber! Im Jahr 2006 feiern wir 200 Jahre als souveräner Staat. Da kann man doch nicht einfach zur Kenntnis nehmen, dass zwei neue Vertragsstaaten diese Souveränität unseres Landes zeitweilig aberkennen und zur Tagesordnung übergehen. Tschechien und die Slowakei wollen die vollumfängliche Souveränität Liechtensteins nicht anerkennen. Verhandlungen hierüber sind schon seit längerem im Gange und haben sich diesen Herbst verhärtet. Darauf hat die Regierung entschieden, das Erweiterungsabkommen vorläufig nicht zu unter-



«Da frage ich mich schon, wer denn sonst für unsere Souveränität einzustehen hat, wenn nicht wir selber»: FBP-Präsident Johannes Matt.

zeichnen. In dieser Haltung sollten wir alle geschlossen die Regierung stärken, sozusagen innenpolitisch einen Rückhalt bilden, um eine akzeptable Lösung zu finden.

Das Vaterland hat fälschlicherweise behauptet, unser Land sei auch seitens der EFTA-Partner Norwegen und Island unter Druck gesetzt worden. Besteht innerhalb der EFTA wenig Verständnis für die Haltung Liechtensteins?

Die Behauptung des Liechtensteiner Vaterlands entspricht nach meiner Kenntnis in keiner Weise den Tatsachen. Alle wollen eine baldige Lösung, wie der Regierungschef letztlich ausführte, auch Liechtenstein.

Die EFTA-Partner Norwegen und Island haben für die Position Liechtensteins Verständnis gezeigt und die Unterzeichnung des Vertrages ebenfalls nicht vorgenommen. Und es wurde auch keine «Frist bis Freitag» gesetzt, wie dies vom Vaterland in grossen Lettern verbreitet wurde.

In der Landtagsdebatte und anschliessend in Leserbriefen wurde gemutmasst, dass die Regierung nur die vermögensrechtlichen Interessen des Landesfürsten vertrete.

Die teilweise Nicht-Anerkennung unserer Souveränität durch die frühere Tschechoslowakei und deren Nachfolgestaaten Tschechien und Slowakei ist bereits seit längerem eine ungelöste Angelegenheit.

Da sind sicherlich Entschädigungsfragen gegenüber Tschechien und der Slowakei mit im Spiel. Meines Wissens ist hingegen bei den EWR-Verhandlungen die Frage der Vermögensschädigung vollumfänglich ausgeklammert worden. Sie gehört nicht in den EWR-Kontext.

Welches sind denn die Motive für die Verbreitung von unwarren Behauptungen und Unterstellungen, die bei der Bevölkerung Verunsicherung auslösen?

Darüber kann man nur spekulieren. Es gibt anscheinend immer noch offene Rechnungen zu begleichen. Manche sähen es wohl am liebsten, wenn die Regierung und das Fürstentum im Zwist miteinander lägen. Ihnen ist die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesfürsten ein Dorn im Auge.

Und in einem Jahr stehen bereits wieder Landtagswahlen an. Ich habe den Eindruck, gewissen VU-Wahlkampfstrategen ist jedes Mittel recht, das dazu dienen könnte, die Menschen in unserem Lande zu verunsichern. Anstatt den Menschen

Zuversicht zu vermitteln in der heutigen Zeit voller Unsicherheiten, wird noch eins drauf gehauen.

Ich weiss, manche VU-Mitglieder sind unglücklich über diese Haltung und über das Verhalten ihrer Parteiführung in diesen Grundsatzfragen. Wenn die Souveränität unseres Landes von aussen in Frage gestellt wird, so hat dies mit Parteipolitik nichts mehr zu tun. Das geht uns alle an, unbeschadet der Parteizugehörigkeit. Es geht um Liechtenstein!

Sie erwarten also, dass in dieser Frage FBP und VU mit einer Stimme sprechen: Ist das nicht etwas viel verlangt?

Nein, das ist nicht zu viel verlangt. Im Interesse Liechtensteins müssten die beiden Grossparteien an einem Strick in die gleiche Richtung ziehen. Man kann sich über vieles streiten, aber wenn es um die Anerkennung unserer Souveränität geht, dann erachte ich es als wichtig, dass wir nach aussen mit einer Stimme sprechen. Eine verantwortungsbewusste Opposition müsste den liechtensteinischen Vertretern für die Verhandlungen den Rücken stärken und nicht ihnen während der heikelsten Verhandlungsphase in den Rücken fallen.

Könnte es nicht sein, dass die ganze Geschichte etwas überbewertet und aufgebauscht wird?

Ich wäre froh, wenn es so wäre. Wir müssen aber schon sehen: Unsere Zeitungen werden auch im Ausland gelesen. Wenn unsere Auseinandersetzungen zunehmend auf aussenpolitische Parkett verlagert werden, so wird das Image unseres Landes nachhaltig Schaden erleiden. Wir schwächen uns selber. In den Erweiterungsverhandlungen zum EWR konnten gute Ergebnisse erzielt werden. Die Sonderregelungen für Liechtenstein wurden rechtlich verfestigt und abgesichert. Zugleich hat sich Liechtenstein zur Solidarität innerhalb des erweiterten EWR bekannt und wird die Beitragszahlungen massiv erhöhen. Wir können unseren Platz im erweiterten Europa dann sinnvoll finden, wenn wir uns unserer eigenen Identität und Souveränität bewusst sind und unsere Souveränität von den anderen Staaten anerkannt und respektiert wird.

Vereidigung neuer Polizisten

Sechs neue Polizisten legten gestern ihren Eid bei der Regierung ab

VADUZ – Am 29. Oktober 2003 fand im Landtagssaal die Vereidigung von fünf neuen Polizisten und einer neuen Polizistin statt. Regierungsrat Alois Ospelt nahm in seiner Funktion als Innenminister den Amtseid ab.

Die neuen Polizisten haben ihren Dienst bei der Landespolizei am 21. Juli 2003 angetreten. «Ich schwöre Treue dem Landesfürsten, Gehorsam den Gesetzen und genaue Beobachtung der Verfassung, so wahr mir Gott helfe.» Diesen Amtseid legten die neuen Polizisten vor Regierungsrat Alois Ospelt ab. Mit der Ablegung des Amtseides sind die neuen Polizisten nun auch formell in die Mannschaft der Landespolizei aufgenommen. Organisatorisch wurden die sechs «Neuen» der Verkehrs- und Einsatzpolizei zugeteilt. Ihre polizeiliche Fachausbildung erhielten die Polizisten in der Polizeischule des Zentralschweizeri-

schen Polizeikonkordates in Sempach im Rahmen eines einjährigen, intensiven Schulbetriebes. Während der Schulzeit waren die Polizeischüler der Kantonspolizei Luzern zugeteilt und absolvierten auch das Praktikum auf diversen Polizeiposten des Kantons. Der Vereidigung wohnten nebst Regierungsrat Alois Ospelt, Schulleiter Pierre Zesiger und die stellvertretende Schulleiterin Gabi Egli, der Führungsstab der Landespolizei (Jules Hoch, Gabriel Hoop und Uwe Langenbahn) mit Polizeichef a. i. Martin Meyer, Markus Kaufmann von der Landespolizei und Sven Lässer vom Amt für Personal und Organisation sowie die Angehörigen der vereidigten Polizeibeamten bei. Während Alois Ospelt in seiner Ansprache über die gesellschaftliche und sicherheitspolitische Stellung der Polizei referierte, fand Polizeichef a. i. Martin Meyer anerkennende Worte zum Polizeiberuf und den neuen Poli-



Gestern wurden die Polizeianwärter durch Regierungsrat Alois Ospelt vereidigt. Unser Bild zeigt die Polizeianwärter mit Vorgesetzten, Polizeichef Martin Meyer und Regierungsrat Alois Ospelt.

zeibeamten. Der bedeutungsvolle Anlass wurde in einem würdigen Rahmen im Gasthaus Krone in Schellenberg abgerundet. Die Landespolizei ist stolz darauf, die sechs neuen Polizeibeamten in ihre Reihen aufzunehmen und heisst sie

auch auf diesem Weg nochmals ganz herzlich willkommen. Die Kollegin und die Kollegen haben sich für einen anforderungsreichen, vielseitigen und verantwortungsvollen Beruf entschieden.

(paf)

ANZEIGE

Feiern - Geniessen - Tagen

hotel kulm

9497 Triesenberg

Wir organisieren Ihre

Weihnachtsfeier

von Aperitif bis Z-eremonie
ab 10 bis 500 Personen

mehr dazu unter

www.hotelkulm.com
info@hotelkulm.liFon: 076/237 79 79 - Fax: 076/237 79 78
E-Mail: info@hotelkulm.li